

Kreisblatt für den Kreis Gießen.

Nr. 3

11. Januar

1916

Bekanntmachung

Aber die Wiederholung der Anzeige der Bestände von Verbrauchszucker. Vom 27. Dezember 1915.

Auf Grund des § 1 Abs. 4 der Bekanntmachung über Verbrauchszucker vom 27. Mai 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 308) bestimme ich:

Der Verbrauchszucker mit Beginn des 1. Januar 1916 in Gewehrhaftung hat, ist verpflichtet, die vorhandenen Mengen getrennt nach Arten und Eigentümern unter Nennung der Eigentümer der Zentraleinkaufs-Gesellschaft m. b. H. in Berlin anzuzeigen. In diesem Zweck haben die Berechtigten, deren Zucker in fremdem Gewehrhaftung liegt, den Lagerhaltern nach dem 1. Januar 1916 unverzüglich die ihnen zugehörenden Mengen anzuzeigen. Die Anzeigen an die Zentraleinkaufs-Gesellschaft m. b. H. sind bis zum 10. Januar 1916 abzusenden. Anzeigen über Mengen, die sich mit Beginn des 1. Januar 1916 auf dem Transport befinden, sind unverzüglich nach dem Empfang von dem Empfänger zu erstatten.

Die Anzeigepflicht erlischt sich nicht

1. auf Mengen, die im Eigentum des Reiches, eines Bundesstaates oder eines Landes, insbesondere im Eigentum der Seeresverwaltungen oder der Marineverwaltung, sowie auf Mengen, die im Eigentum eines Kommunalverbandes stehen;
2. auf Mengen, die insgesamt weniger als 50 Doppelzentner betragen.

Berlin, den 27. Dezember 1915.

Der Reichskanzler.

Im Auftrage: Jung.

Bekanntmachung

über die Verwendung von Milch zur Herstellung von Süßigkeiten und Schokolade. Vom 29. Dezember 1915.

Auf Grund des § 7 Abs. 2 der Verordnung des Bundesrats über die Herstellung von Süßigkeiten und Schokolade vom 16. Dezember 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 821) wird folgendes bestimmt:

I.

Von dem Verbote der Verwendung von Milch zur Herstellung von Süßigkeiten und Schokolade werden ausgenommen:

1. ausländische Trockenmilch und Trockenfahne, sowie in Gefäßen von 5 Kilogramm Gesamtgewicht und mehr eingeführte eingedickte Milch;
2. die am 16. Dezember 1915 in den unter die Verordnung fallenden Betrieben vorhandenen Vorräte von inländischer Trockenmilch, Trockenfahne und eingedickter Milch;
3. die am 16. Dezember 1915 bei Herstellern von Trockenmilch und Trockenfahne vorhandenen Vorräte von inländischer Trockenmilch und Trockenfahne.

II.

Die Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, 29. Dezember 1915.

Der Reichskanzler.

Im Auftrage: Freiherr v. Stein.

Bekanntmachung

Mit Zustimmung des Herrn Reichskanzlers hat der Kriegsausschuss für pflanzliche und tierische Öle und Fette die durch Verpflichtungsschein mit den Margarine- und Speisefettfabriken, sowie den Margarine- und Speisefetthandel vereinbarten Groß- und Kleinhandelspreise mit Wirkung vom 3. Januar 1916 wie folgt geändert:

Die Großhandelspreise dürfen für Margarine von 1,28 Mk. auf 1,45 Mk., die für Speisefette aller Art mit 100 v. H. Fettgehalt, wie Schmelzmargarine, Pflanzenfett, Rinderfett, Kunstspeisefett usw., von 1,52 Mk. auf 1,69 Mk., die Kleinhandelspreise für den direkten Bezug der Verbraucher bei Margarine von 1,40 Mark auf 1,60 Mk. und bei Speisefetten aller Art mit 100 v. H. Fettgehalt von 1,64 Mk. auf 1,84 Mk. — sämtliche Preise für das Pfund berechnet — erhöht werden.

Durch diese Bekanntmachung werden die Angaben in den Verpflichtungsscheinen in der oben angegebenen Weise geändert, so daß der Absatz zu den neuen Preisen vom 3. Januar morgens ohne besondere Bekanntmachung durch den Kriegsausschuss oder die Margarinefabriken erfolgt.

Berlin, den 28. Dezember 1915.

Der Reichskanzler.

Im Auftrage: Freiherr von Stein.

XVIII. Armeekorps.

Stellvertretendes Generalkommando.

Abt. II c/B. Tgb. Nr. 20.

Frankfurt (Main), 5. Januar 1916.

Betr.: Versteigerung von Eichenrinde, Fichtenzinnde und Gerblohe.

Nachstehendes Traktatschreiben des Kriegsministeriums Nr. G. II. 75/1. R. R. M. zur Kenntnis:

„Erfuchen bekanntzugeben: Auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand § 9 b wird die Versteigerung von Eichenrinde, Fichtenzinnde und Gerblohe bis zur Bekanntgabe demnächst zu erwartender Höchstpreisverordnung verboten.“

Von Seiten des Generalkommandos.

Im Auftrage: M o o b, Oberstleutnant.

Betr.: Das Gesetz die Landstände betreffend, vom 3. Juni 1911. An den Oberbürgermeister der Stadt Gießen und an die Grob. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

In Verfolg einer von den beiden Kammern der Stände angenommenen Resolution beauftragen wir Sie auf Anordnung des Grob. Staatsministeriums, die in Ihren Gemeinden wohnenden oder dorthin zuziehenden Angehörigen anderer Bundesstaaten darauf aufmerksam zu machen, daß sie nur bei Erwerb der bürgerlichen Staatsangehörigkeit wahlberechtigt zu den Wahlen des Landtags sind und daß der Erwerb der bürgerlichen Staatsangehörigkeit ein Aufgeben einer anderen Staatsangehörigkeit nicht bedeutet.

Bis zum 15. Februar 1916 ist uns zu berichten, daß dies geschehen ist.

Gießen, den 7. Januar 1916.

Grobherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ullinger.

Betr.: Benutzung von Leichen zu wissenschaftlichen Zwecken an der Landesuniversität 1915.

An das Grob. Polizeiamt Gießen und die Grob. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Sie wollen uns bis spätestens 20. Januar 1916 berichten, ob im Jahre 1915 Leichen an das anatomische Institut der Grob. Landesuniversität Gießen abgeliefert worden sind oder nach den bestehenden Vorschriften abzugeben gewesen wären, aber nicht dorthin befördert worden sind. Legenfalls sind die Gründe anzugeben, aus denen die Anlieferung unterblieben ist.

Gießen, den 6. Januar 1916.

Grobherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Langermann.

Nachstehende Bekanntmachung wird hiermit veröffentlicht.

Gießen, den 6. Januar 1916.

Grobherzogliches Kreisamt Gießen (Versicherungsamt).

J. B.: Langermann.

Bekanntmachung

über die Anrechnung von Militärdienstzeiten und die Erhaltung von Anwartschaften in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Vom 23. Dezember 1915.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Während des gegenwärtigen Krieges in deutschen oder österreichisch-ungarischen Diensten zurückgelegte Militärdienstzeiten (§ 1393 Abs. 1 Nr. 1 und 2 der Reichsversicherungsordnung) werden Versicherten, deren Anwartschaft aufrecht erhalten ist oder gemäß dieser Verordnung aufrecht erhalten wird, welche aber die Voraussetzungen des § 1393 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung nicht erfüllt haben, als Zeiten freiwilliger Versicherung angerechnet, ohne daß Beiträge entrichtet zu werden brauchen. Dabei gelten die entsprechenden Wochen, wenn zuletzt vorher, nicht nur vorübergehend, gültige Selbstversicherungsbeiträge entrichtet wurden, als Selbstversicherungsbeiträge, andernfalls je nach der Art der zuletzt vorher gültig entrichteten Beiträge als zur fortgesetzten Selbstversicherung oder zur Weiterversicherung geleistete Wochenbeiträge der Lohnklasse II.

§ 2. Soweit während des gegenwärtigen Krieges die Beitragsleistung zur Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung infolge von Maßnahmen feindlicher Staaten gehindert ist, dürfen für Versicherte deutscher und österreichisch-ungarischer Staatsangehörigkeit Beiträge, deren Entrichtung wegen Abwands der in den §§ 1442, 1443, 1444 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung vorgesehenen Fristen unzulässig sein würde, noch bis zum Schlusse desjenigen Kalenderjahres nachentrichtet werden, das dem Jahre folgt, in dem der Krieg beendet ist.

Für freiwillige Beiträge, die beim Eintritt der Behinderung wirksam nachentrichtet werden konnten, gilt der Absatz 1 nur in dem Umfange, in dem sie zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft (§§ 1280, 1282 der Reichsversicherungsordnung) erforderlich sind. In demselben Umfange ist die Nachentrichtung freiwilliger Beiträge in den Fällen der vorübergehenden Abwands auch nach eingetretener Invalidität zulässig.

§ 3. Für Versicherte, die während des gegenwärtigen Krieges in deutschen oder österreichisch-ungarischen Diensten militärische Dienstleistungen verrichten, dürfen Beiträge, die bei dem Beginne der Dienstleistungen noch wirksam nachentrichtet werden konnten,

wenn es sich um Pflichtbeiträge handelt, in dem nach § 2 Abs. 1, wenn es sich um freiwillige Beiträge handelt, in dem nach § 2 Abs. 2 und 3 zulässigen Umfang nachentrichtet werden.

§ 4. Die Verjährung nach § 29 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung läuft bei rückständigen Pflichtbeiträgen nicht vor dem Zeitpunkt ab, bis zu dem sie gemäß den §§ 2, 3 nachentrichtet werden dürfen.

§ 5. Die Nachentrichtung freiwilliger Beiträge gemäß § 2 Abs. 2 und 3 und § 3 ist nur in der ersten oder zweiten Lohnklasse zulässig.

Bezüglich der Entrichtung höherer als der gesetzlichen Beiträge für Zeiten versicherungsspflichtiger Beschäftigung verbleibt es bei den bestehenden Vorschriften.

§ 6. Beiträge, welche für die nach § 1 anrechnungsfähigen Militärdienstzeiten zur festgesetzten Selbstversicherung oder zur Weiterversicherung geleistet worden sind, werden dem Versicherten ohne Zinsen erstattet, wenn dies bis zu dem im § 2 Abs. 1 bezeichneten Zeitpunkt beantragt wird. Bei Streitigkeiten gelten die §§ 1459, 1462, 1463 der Reichsversicherungsordnung entsprechend.

Wird auf die Erstattung verzichtet oder die Antragsfrist nicht wahrgenommen, so bleibt § 1 für die durch Beiträge belegten Zeiten außer Anwendung, sofern dies für den Versicherten günstiger ist.

§ 7. Die Vorschrift des § 1420 Satz 2 der Reichsversicherungsordnung steht den Versicherten in den Fällen der §§ 2, 3 nicht entgegen, wenn der Umtausch der Quittungskarte bis zu dem im § 2 Abs. 1 angegebenen Zeitpunkt nachgeholt wird.

§ 8. Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. August 1914 in Kraft.

Soweit ihre Vorschriften hiernach anzuwenden sind, bildet ihre Nichtanwendung auch dann einen Revisionsgrund (§ 1697 der Reichsversicherungsordnung), wenn das Oberversicherungsamt sie noch nicht anwenden konnte.

Soweit vor ihrem Inkrafttreten Ansprüche rechtskräftig abgewiesen worden sind, während sie nach Maßgabe der Vorschriften dieser Verordnung begründet sein würden, bildet die Nichtanwendung dieser Vorschriften einen Grund zur Wiederaufnahme des Verfahrens im Sinne der §§ 1722 ff. der Reichsversicherungsordnung.

Berlin, den 23. Dezember 1915.
Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Delbrück.

Betr.: Die Feier des Geburtstages Seiner Majestät des Kaisers.
An die Schuldorkände des Kreises.

Am Geburtstage Seiner Majestät des Kaisers ist eine den Zeitumständen Rechnung tragende Schulfeier zu veranstalten.
Gießen, den 6. Januar 1916.
Großherzogliche Kreisschulkommission Gießen.
gez.: Dangermann.

Bekanntmachung.

Die Landesverteilungsstelle für Butter in Darmstadt hat, veranlaßt durch die große Butterknappheit, beschlossen, daß die Ausfuhr oder sonstige Verbringung von Butter (auch durch Händler, Butterfrauen oder durch Volkskassenverband usw.) nach außerhiesigen Orten nicht genehmigt werden kann. Händler, die in folge dessen für ihre Butter keinen Absatz finden, können diese der Geschäftsstelle der Milchwirtschaftlichen Versuchsanstalt in Darmstadt, Sandstraße 36, Fernruf 2658, zur Verfügung stellen.

**An die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden
des Kreises Gießen.**

Auf vorstehende Bekanntmachung wollen Sie Beteiligte aufmerksam machen.
Gießen, den 6. Januar 1916.
Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Dangermann.

Bekanntmachung.

Betr.: Maßregeln gegen die Maul- und Klauenseuche.
Wir bringen zur allgemeinen Kenntnis, daß auf Grund der im Reichsanzeiger veröffentlichten Nachweisung über den Stand der Maul- und Klauenseuche vom 31. Dezember 1915 als verseucht zu gelten haben:

1. Im Großherzogtum alle Kreise mit Ausnahme von Lauterbach.
2. Im Reichsgebiet alle Bezirke mit Ausnahme von Lübeck in Oldenburg, Bickenfeld, Sachsen-Meiningen, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Neuf a. L., Neuf j. L., Schaumburg-Lippe.

Gießen, den 8. Januar 1916.
Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Demmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Maul- und Klauenseuche im Kreise Schotten.
Die Maul- und Klauenseuche in Laubach ist erloschen und der Kreis Schotten damit wieder seuchefrei.
Gießen, den 10. Januar 1916.
Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Demmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Maul- und Klauenseuche im Kreise Biedingen.
Die Maul- und Klauenseuche in Stockheim ist erloschen. Die für den Sperrbezirk Stockheim erlassenen Anordnungen sind aufgehoben.
Gießen, den 10. Januar 1916.
Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Demmerde.

Dienstnachrichten des Großh. Kreisamts Gießen.

Dem Verein zur Förderung der Pferdezucht in Bayern (e. B.) ist die Ausgabe einer am 14. April 1916 zur Ziehung gelangenden XXXIV. Münchener Pferdelotterie von 250 000 Losen à 1,10 M. und ihr Vertrieb von 10 000 Losen im Großherzogtum gestattet worden. Zum Vertrieb in Hessen dürfen nur mit dem hiesigen Zulassungsschemel versehene Lose gelangen.

Bekanntmachung.

Betr.: Maul- und Klauenseuche im Kreis Wehlar.
Die Maul- und Klauenseuche in den Gemeinden des Kreises Wehlar ist am 3. Januar 1916 erloschen.
Der Kreis Wehlar ist nunmehr wieder frei von Maul- und Klauenseuche.
Gießen, den 6. Januar 1916.
Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Demmerde.

Bekanntmachung.

I. Die Dienststunden des Großh. Grundbuchamts — Land —
sind festgesetzt wie folgt:

Jeden Dienstag, vormittags 8 bis 12 Uhr für die Orte: Allendorf an der Bahn, Allendorf an der Lunda, Alten-Buseck, Beuern, Elmloch, Dautringen, Heibershausen, Lang-Güns, Leihgeßern, Rainlar, Oppenrod, Treis a. d. Lunda, Wiesel.

Jeden Mittwoch, vormittags 8 bis 12 Uhr für die Orte: Alsbach, Garbenteich, Großen-Linden, Hausen, Klein-Linden, Kutterhausen mit Kirchberg, Staufenberg-Friedelshausen, Steinbach, Wagenborn-Steinberg, Obersteinberg.

Jeden Donnerstag, vormittags 8 bis 12 Uhr für die Orte: Ammerod, Bersrod mit Wimmerod, Burghardsfelden, Großen-Lusck, Reiskirchen, Rödgen, Trebe.

II. Die Dienststunden des Großh. Grundbuchamts Gießen-Stadt:

Jeden Dienstag, Mittwoch und Freitag, vormittags 9 bis 12 Uhr für die Stadt Gießen und Schürenberg.

Jeden Mittwoch, vormittags von 8 bis 12 Uhr für die Stadt Grünungen.

An den Tagen unmittelbar nach Weihnachten, Ostern und Pfingsten finden keine Amtstage statt.

Gießen, den 6. Januar 1916.
Großherzogliches Amtsgericht.

Märkte.

1c. Wiesbaden. Viehholmarktbericht vom 10. Jan. Auftrieb: 525 Rinder (darunter 66 Ochsen, 42 Bullen, 417 Kühe und Kälber), 271 Kälber, 95 Schafe, 161 Schweine. Marktverlauf: Flottes Geschäft, alles verkauft.

	Preise für 100 Pfd. Lebend- Schlacht- gewicht.	
	M.	W.
Ochsen.		
Vollfleischige, ausgewästete, höchsten Schlachtwertes im Alter von 4-7 Jahren	74-83	132-145
Junge, fleischige, nicht ausgewästete und ältere ausgewästete	68-73	123-132
Bullen.		
Vollfleischige, ausgew., höchsten Schlachtw.	68-74	117-128
Vollfleischige jüngere	62-68	107-114
Färken, Kühe.		
Vollfleischige, ausgewästete Färken höchsten Schlachtwertes	74-80	132-145
Vollfleischige, ausgewästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	68-73	121-130
Wenig gut entwickelte Färken	68-73	123-132
Ältere ausgewästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe	60-67	109-120
Mäßig genährte Kühe und Färken	59-60	107-110
Kälber.		
Feinste Mastfäbber	100-00	160-00
Mittlere Mast- und beste Saugfäbber	90-96	155-160
Geringere Mast- und gute Saugfäbber	89-90	133-155
Geringe Saugfäbber	70-80	117-135
Schafe.		
Weidemastschafe:		
Mastlämmer und jüngere Masthammel	60-00,0	133-00
Schweine.		
Vollfleischige Schweine von 100 bis 120 kg Lebendgewicht	118,83	—
Vollfleischige Schweine von 120 bis 150 kg Lebendgewicht	129,60	—